

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXII/209

Bad Godesberg, den 30. Oktober 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
2	Die "einfachen" Notstandsgesetze Das Parlament muß wachsen bleiben Von Martin Hirsch, MdB	100
3	Frankreich und Israel Kommunisten und Gaullisten wieder an einem Strang Von Georg Scheuer, Paris	46
4	CHALFONE So entsteht eine Legende	34

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Ehrlich die Entspannung wollen  
Ohne Preisgabe von Rechtspositionen  
Gomulka: "Revisionistisch und revanchistisch"  
Eine Million deutsche Spätaussiedler  
Pauls Vorschlag im Bundestag  
Gespräch mit Bauernverband der Vertriebenen  
Die Öffentlichkeitsarbeit der Vertriebenen  
Schlesische Stimme für die Menschlichkeit  
Ostdeutschland im Luftbild

\* \* \*

## Die "einfachen" Notstandsgesetze

Das Parlament muß wachsam bleiben

Von Martin Hirsch, MdB

Am 20. Oktober hat die Bundesregierung fünf Gesetzentwürfe verabschiedet und inzwischen dem Bundesrat zugeleitet, mit denen die Debatte um den Teil der Notstandsgesetzgebung endlich ein gutes Stück weitergetrieben wird, der den einzelnen Staatsbürger besonders interessiert. Mit den jetzt in die Parlamentsmühle gesteckten Entwürfen für ein

- \* Ernährungssicherstellungsgesetz
- \* Verkehrssicherstellungsgesetz
- \* Wirtschaftssicherstellungsgesetz
- \* Arbeitssicherstellungsgesetz
- \* Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes

hat die Bundesregierung formuliert, was sie an konkreten Maßnahmen für und in einem Notfall in den durch die Gesetz-Namen bezeichneten Bereichen für notwendig hält.

Es kommt im Augenblick nicht darauf an, diese Entwürfe im einzelnen darzustellen. Sie bauen verständlicherweise noch auf dem Regierungsentwurf für eine Notstandsverfassung auf, der ganz gewiß nicht so das Parlament verlassen wird, wie die Regierung ihn eingebracht hat. Zwangsläufig wirkt sich das dann auch auf Inhalt und Form der Ausführungsgesetze aus. Wichtig ist in dem jetzigen Stadium, ein paar Grundlinien aufzuzeigen, an denen diese Einzelgesetze gemessen werden müssen.

\* \* \*

Wer sich einmal die Mühe gemacht hat, die im Jahre 1965 beschlossenen Einzelnotstandsgesetze durchzusehen, mußte zu dem Ergebnis kommen, daß mit ihrem Inkrafttreten alle politischen Grundsätze über die selbstverantwortliche Freiheit des einzelnen aufgehoben würden. Bis in die eigene Wohnung hinein waren so ziemlich sämtliche Lebenseregungen der Menschen "erfaßt". Eine Meisterleistung der Bürokratie, der zur Krönung nur noch die Strafvorschrift fehlte: "Selbstmord wird mit dem Tode bestraft!"

Seit der Verabschiedung jener Gesetze hat die SPD darum gekämpft, sie wieder zu beseitigen. Und man muß es als einen wesentlichen Erfolg der Großen Koalition verbuchen, daß dieses Ziel schon mit der Vorlage der jetzigen neuen Entwürfe erheblich näher gerückt ist:

- \* Die Gesetze sind ganz entscheidend besser geworden - was noch nicht heißt, daß sie gut sind!
- \* Schon die Vorlage der neuen Entwürfe enthebt uns des ewigen Trauerspiels, die endgültige Inkraftsetzung der alten Gesetze - die zwar verabschiedet, aber noch nicht rechtswirksam gemacht worden waren - mit dem bezeichnenden Argument des Geldmangels immer wieder hinauszuschieben. Und mehr noch: die SPD-Mitglieder im Kabinett und der Druck der SPD-Bundestagsfraktion haben erreicht, daß gleichzeitig mit der Kabinettsverabschiedung der neuen Entwürfe die berüchtigten "Schubladengesetzentwürfe" endgültig vernichtet wurden.

\* \* \*

Worum geht es aber nun konkret bei den verwirrend immer "einfach" genannten Notstandsgesetzen, die alles andere als einfach, die viel mehr einschneidend schwerwiegende Eingriffe in die Lebensverhältnisse jedes einzelnen von uns vorsahen?

Während die früheren Gesetze dem Grundsatz huldigten, im Krisenfall müsse möglichst alles zentral geleitet und geregelt werden, was zur Aufrechterhaltung des staatlichen Betriebs und des Schutzes und der Versorgung der Zivilbevölkerung notwendig sein könnte, haben sich die neuen Gesetze - zum Teil schon sehr weit, teilweise noch mit deutlich sichtbarem Zögern - dem einzig sinnvollen Prinzip genähert: Wenn wirklich Not am Mann ist, wird jeder zu vernünftigen Hilfeleistungen bereit sein, wird jeder selbst am besten für seinen Schutz sorgen können. - Man könnte diese Ausgangsüberlegung kurz und ein wenig vereinfacht das "Prinzip der freiwilligen Feuerwehr" nennen.

Auch und gerade für die "einfachen" Notstandsgesetze muß die Erkenntnis gelten: Man kann die Freiheit nicht mit ihrer zeitweiligen Aufhebung retten. Gerade in der Notsituation erst kann und muß sich doch erweisen, ob die Verfassungsmaxime der freiheitlichen Selbstverantwortlichkeit als Motor des Betriebs einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft taugt. Mag der Motor dann auch ein bißchen spucken; das berechtigt noch lange nicht dazu, das ganze Auto zu verschrotten.

Wer das leugnet, dem ist das Grundgesetz nur eine "Schönwetter-Verfassung", das berühmte Häppelchen, das man dem Kind halt läßt, solange es keinen "groben Unfug" damit treibt. Wer nicht auch Krisenlagen in Freiheit bewältigen will, der erklärt die Staatsbürger für unmündig, der leugnet den Wert der Vernunft als Grundelement allen staatlichen und gesellschaftlichen Lebens.

\* \* \*

Schon die erste flüchtige Prüfung der neuen Entwürfe zeigt, daß die parlamentarische Beratung in diesem Punkt ganz besonders wachsam sein muß. Die Krise der Ölversorgung während des Nahost-Konflikts hat z. B. gezeigt, daß die im alten Wirtschaftssicherstellungsgesetz vorgesehene umfassende staatliche Reglementierung des gesamten Wirtschaftslebens weitestgehend überflüssig ist. Das traditionelle freie Marktsystem war ohne weiteres in der Lage, diese Krise zu meistern. Wir werden also im Parlament sehr genau prüfen müssen, ob wir uns nicht damit begnügen können, eine vernünftige Vorratshaltung der Produzenten, verbunden mit einer staatlichen Preisregulierung oder -aufsicht vorzusehen. Alles andere kann man, wie die Ölkrise lehrt, den Beteiligten überlassen.

Zweites Beispiel: Der Bundesinnenminister hat aus der berechtigt vernichtenden Kritik an dem bisherigen Zivilschutzkorps- und Selbstschutzgesetz die einzig vernünftige Konsequenz gezogen. Das Selbstschutzgesetz mit all seinen schlicht unsinnigen Feuerpatz-Vorschriften soll ersatzlos gestrichen werden. Der Hausherr weiß im Zweifel am besten selbst, ob und wie er sich gegen Schädlinge an seinem Eigentum schützen soll. Und die riesige Reservearmee von Zivilschutzverpflichteten marschieren in den Orkus: die bestehenden Verbände, wie DRK, Technisches Hilfswerk, Freiwillige Feuerwehr, werden gestärkt. Freiwilligkeit ist die beste Garantie für wirksame Nothilfe. Das hat endlich auch der Innenminister eingesehen. - Eine zweite Grundlinie betrifft die Frage, wann jeweils die in den Sicherstellungsgesetzen vorgesehenen Eingriffe zulässig werden sollen. Gerade bei diesen Regelungen wird es sich nicht umgehen lassen, bestimmte allgemeine Vorbereitungen schon weit vor dem möglichen Notstandsfall zu treffen. Auf der anderen Seite muß aber Sorge getragen werden für die Mißbrauchssicherung sowohl wie für die Eingriffsbeschränkung auf das Allernotwendigste. Hier werden die Parlamentarier noch manchen Kampf gegen die besorgten Beamten zu führen haben. Und wir können nur hoffen, daß uns dabei die sachverständige öffentliche Meinung genau so intensiv hilft, wie sie es bei der Beratung der Verfassungsregelungen schon jetzt tut.

## Frankreich und Israel

Kommunisten und Gaullisten wieder an einem Strang

Von Georg Scheuer, Paris

Ein Protest der sozialdemokratischen Föderation gegen de Gaulles Nahostkurs im Zusammenhang mit der Versenkung des Zerstörers "Eilat" durch ägyptisch-sowjetische Raketen schlägt neue Wellen in der französischen Innenpolitik und stellt die Einheitsfront der Oppositionsparteien in Frage. Zugleich kommt es zu einer neuen Annäherung einerseits zwischen der demokratischen Linken und dem Zentrum und andererseits zwischen Gaullisten und Kommunisten.

Schon der Juni-Blitzkrieg zwischen Israel und den Araberstaaten hatte den französischen Horizont verdüstert. Während auf der einen Seite die überwiegende Mehrheit der Franzosen für Israel Stellung nahm und de Gaulles proarabische Extratour verurteilte, erklärten sich die Kommunisten - im Einklang mit Moskau und dem Elysee - für Kairo und Damaskus. Damit entstand eine Kluft zwischen der KPF und den anderen Oppositionsparteien und insbesondere eine Abkühlung zwischen den Linksparteien, die sich seit mehreren Jahren in Fragen der Innenpolitik, vor allem der Sozial- und Wirtschaftspolitik stark angenähert hatten. Die Außenpolitik wurde zum neuen Keil.

Mit Unterbrechung der arabisch-israelischen Feindseligkeiten hoffte man, diese Kluft zu überbrücken. Nun scheint sie mit der neuen Nahost-Krise noch tiefer aufzubrechen. Für die weitere innenpolitische Entwicklung Frankreichs ist dies von großer Bedeutung. Die Linksparteien waren sich in letzter Zeit sehr nahe gekommen, nicht nur in Wahlabkommen und gemeinsamem Vorgehen innerhalb und außerhalb des Parlaments, sondern auch in der Vorbereitung eines kommenden Regierungsprogramms. Die gaullistischen Wahlschuppen und das Alter des Staatspräsidenten stellen das Problem der Ablösung und Nachfolge auf die unmittelbare Tagesordnung. 23 Prozent der Wähler stimmten im März für Sozialdemokraten, 22 Prozent für Kommunisten. Damit sind in Frankreich schon rein arithmetisch die Konturen des öffentlichen Lebens nach de Gaulle gezeichnet.

Nun zeigt sich aber jetzt schon in der Praxis, daß ein gemeinsames Programm der Linksparteien an außenpolitischen Gegebenheiten scheitert. Frankreichs Sozialdemokraten sind westlich orientiert und nehmen in der Nahost-Krise eindeutig für Israel Stellung. Eine ähnliche Haltung haben auch die Konservativen und Lecanets Centre Démocrate. Die Kommunisten hingegen sind nach wie vor der sowjetischen Außenpolitik verpflichtet und schlagen gerade in der Nahost-Krise stark auf die arabische Propagandatrommel, wengleich sie sich dadurch in Frankreich viele Sympathien verschern. - Man fragt sich, warum die politischen Parteien Frankreichs gerade jetzt die Nahost-Karte forcieren. Das dürfte nicht nur mit den außenpolitischen Problemen zusammenhängen, sondern vielleicht auch einer innenpolitischen Umgruppierung entsprechen. Die letzten Wahlerfolge der KPF (28 Prozent bei den Kantonalratswahlen) als Folge der gaullistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik stärken Bedenken und Abwehrreaktionen in den demokratischen Links- und Mittelparteien gegen ein kommunistisches Übergewicht.

CHALFONT

So entsteht eine Legende

sp - Die Angelegenheit ist an sich abgeschlossen, doch schlägt sie immer noch im Blätterwald einige Wellen und kann zur Legende werden mit schädlichen politischen Auswirkungen. Gemeint ist das vertrauliche Gespräch, das Lord Chalfont, der Führer der britischen Delegation bei den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG, vor einem kleinen Kreis von Journalisten führte. Zunächst gilt folgende Feststellung: Die deutsche Politik hält sich daran, was Großbritannien verbindlich und glaubwürdig versicherte.

- \* 1. Es bleibt bei der bisherigen britischen Politik.
- \* 2. Großbritannien denkt nicht daran, eine Überprüfung seiner Europapolitik vorzunehmen.
- \* 3. Es gibt für England keine andere Alternative als den Beitritt zur EWG.

Daran muß die deutsche Politik sich halten.

In dem erwähnten Gespräch hat Lord Chalfont auf hypothetische Fragen geantwortet. Er wurde gefragt, was Großbritannien wohl tun würde, wenn sein Beitritts-gesuch zur EWG endgültig abgeschlagen werde. Auf diese hypothetisch gestellte Frage sagte Chalfont, es könnte bei einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen von der öffentlichen Meinung in Großbritannien ein Druck auf die Regierung ausgeübt werden in der Richtung, das britische Engagement in Europa abzubauen, die militärische Mitarbeit an der Verteidigung Europas aufzukündigen und die Haltung zur Deutschlandfrage zu revidieren. Er sagte also nicht, die britische Politik werde sich nach einem Scheitern der EWG-Verhandlungen ändern, er deutete nur die hypothetische Möglichkeit eines Druckes durch die öffentliche Meinung auf die britische Regierung an. Im übrigen erwähnte Chalfont mit keinem Wort die DDR oder die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze.

Es hat viel Wirbel um dieses im vertraulichen Kreis geführte Gespräch gegeben, und es gab auch ein ungewöhnlich hartes Dementi des britischen Premierministers Wilson, das die Dinge wieder ins rechte Licht rückte. Offensichtlich aber gibt es Kreise, die das gute britisch-deutsche Verhältnis und das britische Engagement in Europa durch Verbreitung von Legenden stören wollen. Sie leisten weder der Bundesrepublik, noch Großbritannien, noch Europa damit gute Dienste.